

im Parteienverbund liegenden sozialdemokratischen Abgeordneten Weiß erinnern mögen: „Sozialist heißt dem Feinde (!) nicht an der Klinge zu bleiben“. Hier gibt es nur eins: Die rückwärtige, zielbewußte, von jedem Schwanken freie Verteilungsmachung des bürgerlichen Standpunktes, damit jede Gemeindevertretungsversammlung in die Lage versetzt wird, sich einen bürgerlichen Poststifter zu wählen. Wollen wir dann die sozialdemokratischen Vertreter mit ehrlichen Wahlen an den Gemeindearbeiten positiv beteiligen, so sollen sie gewiss willkommen sein, aber nur als Mitstreiter im bürgerlichen Sinne, niemals als Teilhaber einer Koalition, wie sie bis her in der Politik von ihnen verhandelt worden ist. Doch das sind private Sorgen. Die Gegenwart erhebt einzig und allein die Herstellung einer bürgerlichen Mehrheit in den Gemeindevertretungen auf der ganzen Linie, um die Selbstverwaltung, das Fundament des Staates, vor sozialföderalistischer Erfüllung und Verzerrung zu bewahren. Das ist die hohe, das Schwere, der Geschichtswürdige Aufgabe, die der morgige Sonntag an die bürgerlichen Gemeindewähler stellt. Zu ihrer rechtslosen Erfüllung ist es nötig,

dass kein Wahlberechtigter an der Urne fehlt.

Wenn aus keine bürgerliche Einheitslinie erzielt werden könnte, so in da die Verbindung der Pisten — nur die Landesposten haben hier abgelaufen — durchgelebt und damit bewirkt werden, dass eine Verteilungsmachung des nach Vertretung der einzelnen Kandidaten aus die Parteien für ergebenden Mehrheiten tecniert wird, da diese über alle Parteien hin zusammengeführt werden und als Maßstab für die gemeinsame Verteilung von Zusatzmandaten an die Parteien dienen. Die berüchtigte „Partei des Nichtwählers“, der lauen und faulen Ochsenhauer um jeden Preis, würde hier angehoben der Größe der Entscheidung ganz besonders verhindern müssen, wenn sie es auf irgendwelchen unzureichenden Prozessus brachte. Jede einzelne bürgerliche Stimme ist Goldes wert; das möge miran jeder bürgerliche Wähler so vor Augen halten und danach handeln!

Dann hört es, bürgerliche Wähler: Verläumte seines, nun nicht ein einziger seine Pflicht! Einigkeit, ob Jung oder Alt, ob Mann oder Frau, ob klein oder verheiratet, er gebe und gebe seine Stimme für eine bürgerliche Liste ab. Auch einfache Unpflichtlichkeit darf nicht als Verhältnisgrund in Frage kommen. Nur ernste Krankheit oder Gebrechen, die kein Verlassen der Wohnung gestatten, dürfen als Verhinderung gelten. Sohn muss jeder seine Schuldigkeit tun. Es geht ums Ganze, um die Blüte in der Gemeinde, sagt das Dresden Sozialistenorgan mit Recht. Diese Macht aber bedeutet für die Gemeindewähler etwas wesentlich Verschiedenes, es müsste sie sich in bürgerlichen oder in sozialistischen Händen befinden. Von den Kunden, die einzelnen würden, falls Sozialisten und Kommunisten die Bügel ergriifen, gibt

ein Dokument einen Beleg daran, das als Wahlleitung unter dem Titel „Die Wahlheit“ von der B. S. P. verbreitet worden ist. Die erste Seite zeigt ein Bild, auf dem ein widerwärtiger Heiligenkampf mit zwei widerlichen Geldsäcken bestimmt, mit seinem plumpen Leibe eine ganze Gemeinde zerdrückt und zertrampft. Auf der zweiten Seite steht man ein elendes Kellerloch, in dem Männer, Frauen und vornehmlich Kinder verzweigt auf elenden Strohsäcken in den letzten Augen liegen. Ein alter Hausherr mit den Händen in den Hosentaschen sieht lässig darüber und sagt zu einer neben ihm stehenden zerlumpten Dame: „Kun ja, freilich, das Kinderhospital möchte geschlossen werden. Von Schiedern kann man doch keine Steuern verlangen. Aber man kann ja auch aus einem Keller in den Olymp kommen“. Der Text ist entsprechend, ein Satz immer toller als der andere. Besonders die Wohnungsnutzung muss herhalten, um das Bürgerium als verabrechnungswürdigen Papavon herunterziehen zu können. Und deinen erdrückt sich die selbe Sozialdemokratie, von der die Spuren von den Tätern weisen, dass sie es gewesen ist, die durch zahlreiche Hemmungen der produktiven Tätigkeit, vor allem durch die Verkürzung der Arbeitszeit, den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang wesentlich verschuldet und damit auch das Versagen der Bautätigkeit und das daraus geborene Wohnungselend in erster Linie auf ihr konzentriert haben muss! Die ganze „Wahlaktion“ in ein „Dokument von unserer Freiheit“ schreibt. Sie sieht den Mittelpunkt des Geschäftsfelds und ungeheuerlicher Klopfen, der und ist eine schwere Belastung für die Intelligenz und die Kriegsstraßen der Arbeiterkreise, denen man so etwas zu vierten mag. Nedes normale Empfinden muß sich mit einem geradezu physischen Niedergangseffekt von einem derartigen Machwerk abwenden, das auf das Neukerke absthend wirkt und für die tatsächliche Sozialdemokratie eine moralische Schmach bedeutet.

So sieht der „gesellschaftliche, politische, soziale und kulturelle Fortschritt“ aus, den die Sozialdemokratie den Gemeinden verleiht, wenn sie ihr ausgestellt werden! Was bedeutet dagegen die bürgerliche Macht in den Gemeindevertretungen? Nicht, wie die „Dresdner Volkszeitung“ behauptet, „die Ausübung einer harten Konkurrenz und an eine kleinbürgerlich enge Reaktion“, sondern die Gewährleistung der Entwicklung der Gemeinden auf der Basis einer heitigen, ruhigen Fortentwicklung nach sachlichen Gesichtspunkten in Geiste der alten, außerordentlichen Selbstverwaltung. An der Errichtung dieses Heiles ist keine jeder einzelne bürgerliche Wähler ein unentbehrlicher Mitarbeiter. Darum noch einmal:

Bürgerliche Wähler! Tun Eure Pflicht!

Außerdem Sonnige darf keiner an links oder rechts denken, ehe er seinen Wahlzettel in die Urne versetzt hat!

Preiswirrwarr in Paris.

Die ersten Auswirkungen der beginnenden Inflation.

Außerordentliches Anziehen der Großhandelspreise.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 12. Januar. Der schwankende Frankenkurs hat in Paris zu einem allgemeinen Preisschwund geführt. Die Marktpreise verändern sich täglich zwei- bis dreimal, einzelne Laden sind dazu übergegangen, täglich nur fünf Stunden in Gütern und Waren nur in kleinen Mengen abzugeben, da im Großhandel die Preise täglich, auch bei gleichbleibendem Kaufaufwand, ansteigen. Omnibus und Metropolebahn erhöhen ab Freitag ihre Fahrpreise wieder um 15 Cent. pro Fahrt.

Englische Banken kaufen französische Papiere.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 12. Januar. Der „Plain“ meldet aus London: Englische Banken haben große Pachten französischer Papiere erworben, wobei der niedrige Kursaufschwung die Veranlassung war, es hat. Es bleibt abzuwarten, ob die Anläufe zu einer neuen Entwicklung des Franken führten, wenn sie unerwartet wieder auf den Markt geworfen werden.

Frankreich will nicht zahlen.

London, 12. Jan. Nach dem „Daily Express“ erklärt man in diplomatischen Kreisen von Paris, Frankreich würde, wenn die englische Arbeiterrégierung Ruhrlands Schulden an Großbritannien brechen würde, den Erlass der französischen Rentes auf England verlangen. (W. T. B.)

Französisches Entgegenkommen in der Frage der rheinischen Goldnotenbank?

Berlin, 12. Januar. Nachdem das Reichskabinett in der Frage der rheinischen Goldnotenbank den französischen Abgeordneten und Plaut gegenüber seinen Standpunkt unzweckmäßig in abwehrendem Sinne Ausdruck gegeben hat, scheint sich auf französischer Seite jetzt eine gewisse Wendung anzunehmen. Die Handlung in der Stellungnahme dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß Kommerzienrat Plaut schon nach seinen Verhandlungen mit der Reichsregierung in Berlin und noch später südlich nach Mainz den in Aussicht kommenden französischen Persönlichkeiten von

der absoluten Leistung der Reichsregierung in dieser Frage Mitteilung machen mußte. Da die Franzosen offensichtlich ein Interesse an der Gründung einer solchen Bank haben, so haben sie sich wohl oder übel genötigt gemacht, von ihrer strengen Ablehnung der von deutscher Seite gemachten Verhandlungen einige Güte abzulehnen. Man dürfte in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Hauptbedingung der deutschen Regierung nunmehr bei der Errichtung einer solchen Bank erfüllt wird, daß nämlich die deutsche Währungssicherheit durch die neue rheinische Goldnotenbank nicht durchbrochen werden darf.

Der „Temps“ kritisiert Poincarés Politik.

(Sieger Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Paris, 12. Jan. Der Kommentar, den der „Temps“ heute abend der französischen Antwort widmet, lädt keinen Zweifel an dem trügerischen Charakter des Dokuments. In eindrücklichem Gegenlauf zu früheren Ausführungen lädt der „Temps“ heute sehr unzweckmäßig durchdringen, daß die Hauptaufgabe an diesem Mittwoch die französische Neutralität trifft. Die Vendôme, die die deutlich französische Konservierung gewonnen habe, so schreibt das Blatt, sei nichts weniger als vertrieben. Es sei unmöglich, zum Friede zu kommen, so lange die Verhandlungsmethode darin besteht, Mauern aufzurichten, die der Gegner den Hall ihrer eigenen Worte mit einem ironischen Echo aufzurufen. Man könne nicht weiterkommen, wenn man erdrückt einen konkreten Plan für eine billige und realisierbare Lösung anstelle, der in seiner Durchführung durch nichts behindert und behindert.

Hoch rell ins belegte Geb'el.

(Sieger Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Paris, 12. Januar. Wie „Echo de Paris“ meldet, begibt sich Maréchal Foch am Montag in das belegte Geb'el. Die Macht des Maréchals ist notwendig geworden, da das Kabinett einen wichtigen Beschluss zu fallen habe, der sich auf den Schritt der englischen und italienischen Neutralität in Paris. Über deren Einzelheiten bisher nichts bekannt geworden sei, aufzusehen.

Deutsch-englische Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 12. Jan. Wie der englischen Regierung finden Verhandlungen über die Wiederaufnahme der deutschen Ausfuhr nach England statt. Die Frist für die Einlösung der Reparationsansprüche ist bis zum 31. Dezember verlängert worden.

Ausdehnung des Streits im Westen.

Streikrror in Sessenkirchen.

Mönchengladbach, 12. Jan. Nachdem der Deutsche Metallarbeiterverband in Bodum den Beschluß gefasst hat, den Seidenarbeiterkreis auszutauschen, hat sich auch die Ortsvertretung des Metallarbeiterverbandes entschlossen, diesen Beschluß anzufassen. Den Eintritt der radikal-souveränen Gewerkschaften ist so leider gelungen, eine Betriebsbesetzung von der Gewerkschaften der Bergwerksarbeitergenossenschaft verhindert. Nachdem die Bergwerksleute Monate hindurch fast gegangen waren, wurden sie vor etwa zwei Wochen wieder einzutreten. Jetzt müssen sie wieder fortgeschickt werden, da die Arbeitnehmer sie feuerwidrig sind. Die radikal-souveränen Angestellten müssen nach Berlin, die Streikbewegung darf von Berlin aus übertragen werden, werden aber daran noch durch die Einheiten der Polizei gehindert. Die Christlichen und Dierich-Dunkerschen Gewerkschaften stehen der Beweitung noch wie vor absehend gegenüber, haben direkt ihre Kräfte kaum auszuladen, sicht der Beweitung mit Erfolg entgegenzustellen, um so weniger, als die Durchführung des Generalstreiks jeder Terror angemessen wird.

Der Einzelhandel und die neuen Steuern.

Berlin, 11. Jan. (Privateilegat.) Der Hauptausschuss des deutschen Einzelhandels, der einzige Polizeiorganisation des deutschen Einzelhandels, behandelt heute unter fast rechtlosem Beurteilung seiner Freunde, Nach- und Landesverbände die neuen Steuerverordnungen. Trotz Anerkennung der Notwendigkeit des Anbringens des Steuerbedarfes des Reichs und der Gemeinschaft, nach Kästen zur Sanierung der Staatsfinanzen beizutragen, wurde die schematische Relation zum Umfange, die die besonderen Verhältnisse der einzelnen Wirtschaftsgruppen unberücksichtigt hält und die Höhe des Zuges, die in seinem angemessenen Verhältnis zur Verdienstspanne steht, einmütig von der Beurteilung als durch den Einzelhandel untragbar befunden. Eine Durchführung dieser bisher erfolgten generellen Regelung würde außerdem einen wesentlichen Anreis zur

Steuerhinterziehung bleiten und in erheblichem Umfang die gegenüber der auf 2½ Prozent erhöhte Umlaufsteuer bestehende, von der Steuer nicht zu kontrollierende Verlagerung unter Ausnutzung des legalen Einzelhandels beträchtlich vermehren. Die neue Verordnung gegen den Wissbrauch wirtschaftlicher Machtstellung wurde auf das lebhafteste begrüßt. Eine Beipräzung mit dem Reichswirtschaftsminister auf den für dielempfang delegierten Herren Veranlassung, besondere Wünsche darzulegen. (W. T. B.)

Die wirtschaftliche Lage der Staatsbahn.

Berlin, 12. Januar. Von aufklädiger Stelle wird mitgeteilt, die Verberichtigungen zur Umwandlung der Reichsbahn in ein nach privatwirtschaftlichen Grundlagen arbeitendes Betriebsunternehmen seien im Gange. Unabhängig davon sei der Reichsverkehrsminister sofort daran gegangen, die innere Wirtschaft des Unternehmens so weit wie möglich zu kontrollieren. Die auf den ordentlichen Haushalt entfallenden Betriebsausgaben einschließlich des Schuldenlasten würden am 1. Januar 1924 durch die Einnahmen aus dem Verlon- und Güterverkehr völlig gedeckt. Die angesündigte Erhöhung der Gütertarife um 8 Prozent erfolge in der Hoffnung, daß der darin liegende Anreis zur Hebung des Verkehrs die Einnahmen im ganzen günstig beeinflussen werde. Die Balancierung der Betriebsrechnung schaffe allerdings noch keine Deckung für die laufenden Ausgaben, die für die Ruh- und Abendabfahrt immer noch entstehen. Die Einnahmen aus dem belegten Gebiete seien immer noch und auch im übrigen Deutschland trotz der Verkehrsabschwächung nur langsam ein.

Herabsetzung der Personalarife im März?

(Sieger Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Berlin, 12. Januar. Das Reichsverkehrsministerium hat infolge des Rückgangs der Einnahmen der Eisenbahn auch die Herabsetzung der Personalarife an Verhandlungen im Ministerium gebracht. Die eventuelle Herabsetzung wird frühestens im März in Kraft treten.

Militärkontrolle in Dresden.

Berlin, 12. Januar. Das „Berl. Volksbl.“ hat die Antikommunistische Militärkontrollkommission gestern aus Paderborn dem dort liegenden 2. Bataillon des Infanterie-Regiments 18 einen Kontrollbesuch abgeholzt. Die beiden haben die Kommissionen noch ihr Kommen nach Dresden, Hanau und Bremen angekündigt.

Der Reichsjustizminister über die Justizreform.

Berlin, 12. Januar. Der Reichsjustizminister Ernster erklärte einem Zeitungsvorleser gegenüber in Bezug auf die Neugestaltung des Prozeßwesens, die am 1. April in Kraft treten soll, daß in die Novelle, die bis dahin bestehen werde, zwei endgültige Verbesserungen hineingeschoben werden seien, die allerdings einen Teil der Ersparnisse wieder aufzubringen würden, die die Handhabung der Rechtsprechung während der Übergangszeit bis zum 31. März braucht. Es kommt, von den Reichsgerichten- und Schwurgerichtsachen abgesehen, keine endgültige Verurteilung mehr ohne die Möglichkeit der Nachprüfung in einer anderen Tatshandschrift erfolgen. Strafurteile sollen nicht mehr ohne die Möglichkeit erlassen werden, die Beteiligen mitgesprochen haben. Die Bekämpfung des Verbrecherwesens wird später einmal und zwar in einer Urteile unter den Gesichtspunkten der Sicherheit und des Strafzugs eigens geregelt werden müssen. Das das Schurzgericht, ohne seiner übertragenden Stellung berechtigt zu sein, als großes Schöffengericht entscheidet, entspreche nicht nur dem Gutachten des aller praktisch tätigen Richter, nicht nur dem Gutachten des Reichsgerichts, in dem erfahrene Praktiker zu Worte kamen, sondern auch dem Wunsche vieler Richter der Geschworenen ist.

Was aber die Novelle betrifft, so ist am 1. April wieder außer Kraft treten, betrifft, so ist es wiederdrückend für das große deutsche Volk, daß es sich nur um einige wenige Goldmillonen handle, deren Reichtum in der Übergangszeit, bis die Goldstufen sich in den öffentlichen Kosten bemerkbar machen, solche Maßnahmen erfordert. Die die Novelle bringende Vorlage liege, nachdem ihre Grundgedanken in Praxis und Wirklichkeit Jahrzehntelang erprobirt worden seien, in den Grundlagen seit Monaten dem Reichstag vor. Wenn sie im Sinne einer Billigung, aber auch einer Verbesserung durchfasst werden könnte, so könnte diese Reform vor der Geschichte bestehen.

Die Anklage gegen Hitler.

München, 10. Jan. Den „Münchner R. R.“ zufolge ist die Anklageschrift gegen Hitler und Genossen jetzt von der Staatsanwaltschaft beim Volksgericht München I eingereicht worden. Die Anklage lautet auf Hochverrat und richtet sich gegen 8 Personen, die an dem Umsturzversuch in führender Rolle beteiligt waren. Alle Befreiungsfreiheit nach dem 1. April wird hierfür verhindert werden. (W. T. B.)

München, 11. Jan. Bei der unter Anklage des Hochverrats stehenden Person handelt es sich der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge um folgende führende Persönlichkeiten: Hitler, Ludendorff, dessen Schwagerlohn Oberlandgerichtspräsident Höhner, Polizeiamtmann Erlich, den Führer des Bundes Überland Dr. Weber, den Führer der Reichsbrigadegesellschaft Hauptmann Höhm, und Oberleutnant Brücker. Die strafrechtliche Verfolgung der außer Bandes geslossenen Führer, wie Hauptmann Höhning, bleibt vorbehalten.

Der Nachfolger Dr. Petersens im Reichstag.

Berlin, 12. Januar. Nachfolger des Dr. Petersen als Reichstagsabgeordneter wird der Kaufmann Bühl, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.

Gedebour aus der U. S. P. ausgeschlossen.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 12. Jan. Die kleinste politische Partei in Deutschland, die nach dem Aufmarschklub der S. P. D. mit der U. S. P. D. Abrede geschlossen hat, die Gedebourpartei hat jetzt ihren Führer Gedebour, der der Befreiungsfreiheit seiner „Gassenfamilie“ abholzen wollte, aus ihren Reihen hinausgeworfen. Mit ihm teilt das gleiche Geschick sein einiger Kameradenkollegen im Reichstag der Udg. Wegmann, sowie 17 Parteifunktionäre.

Ungarische Spenden für deutsche Kerze.

Budapest, 11. Jan. Der Budapester Kerzenverband hat dem Leipziger Kerzenverband mitgeteilt, daß er Spenden in Höhe von 1½ Millionen ungarischen Kronen gesammelt habe, für die er Kleiderabgaben pakete mit Lebensmitteln für die mit Krisenjahren kämpfenden deutschen Kerzen. Absenden werde. Die Ungarische Kerze sei in wissenschaftlicher Hinsicht ihren deutschen Kollegen schuldeten. (W. T. B.)

Helgoland.

Die „R. V. C.“ schreibt: Den Schwerpunkt und Alther der Ostküste Separatisten hat sein Schicksal erreicht. Mag die Tot von Spener als solche unbeschreiblich sein, so wird doch niemand dem Manne noch trauern, der im Bunde mit den Konservativen und an der Spitze eines gut beachteten zusammenlaufenden Gesindels den Verzug gemacht hat, die letzte deutscher Pfalz vom Kaiser zu trennen und den Franzosen auszutreiben.

Heute, der Vetter eines schlechterwirtschaftlichen Kleinstaates in dem Dorfchen Helgoland, hat sich leichter als Nationalsozialist auszutun, denn die Deutsche Volkspartei noch nicht national genug sein wollte. Als einer der Führer der Freien Hansestadt schließt er von dieser der Deutschen Volkspartei als britisches Landtagskandidat vor Jahren ausgezählt worden. Das Vorhaben, lag damals seine Verantwortung vor, da die Deutsche Volkspartei in der Paläz auf ihren Wahlvorschlägen auch die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände vereinigte. So war der Vorstand des V. P. S. der Hanse, Mitglied unserer Reichsstaatsfraktion und nach seinem Tode ist ihm der Abgeordnete Landtagskandidat im Mandat abgetrennt und den Franzosen ausgetauscht.

Heute, der Vetter eines schlechterwirtschaftlichen Kleinstaates in dem Dorfchen Helgoland, hat sich leichter als Nationalsozialist auszutun, denn die Deutsche Volkspartei noch nicht national genug sein wollte. Als einer der Führer der Freien Hansestadt schließt er von dieser der Deutschen Volkspartei als britisches Landtagskandidat vor Jahren ausgezählt worden. Das Vorhaben, lag damals seine Verantwortung vor, da die Deutsche Volkspartei in der Paläz auf ihren Wahlvorschlägen auch die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände vereinigte. So war der Vorstand des V. P. S. der Hanse, Mitglied unserer Reichsstaatsfraktion und nach seinem Tode ist ihm der Abgeordnete Landtagskandidat im Mandat abgetrennt und den Franzosen ausgetauscht.

13 neue Truppenübungsplätze in der Pfalz.

Berlin, 12. Jan. Die Kreuzen lösen in der Pfalz 13 neue große Truppenübungsplätze aus den östlichen Räumen her. Ebensso haben sie drei neue Räume erbauen lassen. Es handelt sich um ein kleines Gebiet von nur 800 000 Einwohnern, für welches so hohe Aus